

# Die Aargauer Parlamentarier zum Atomausstieg

**Session** Heute startet in Bern die Sommersession. Am 8. Juni geht es im Rahmen zahlloser energiepolitischer Vorstösse um den Atomausstieg und die Energiezukunft. Nach dem Grundsatzentscheid des Bundesrates ist das besonders spannend. Bei den Aargauer Parlamentariern gibts für den Ausstieg aber deutlich weniger Zustimmung als gesamtschweizerisch.

VON MATHIAS KÜNG

Vergangenen Mittwoch hat der Bundesrat unter dem Eindruck der atomaren Katastrophe von Fukushima den «schrittweisen Ausstieg» aus der Kernenergie beschlossen. Nun ist das natürlich «nur» eine Empfehlung ans Parlament, das diesen Entscheid fällen muss. Wahrscheinlich hat (richtigerweise) dann das Volk das letzte Wort. Was angesichts der Bedeutung

dieses Schritts und weil das Volk einen Ausstieg (vor Fukushima) immer abgelehnt hat, gewiss richtig wäre. In einer ausserordentlichen Session am 8. Juni sind im Rahmen der Sommersession zahllose Vorstösse zum Thema Energie, zur Atomzukunft bzw. zum Atomausstieg und sich daraus ableitenden Folgen wie Sparen, neue Vorschriften, Umgang mit dem CO<sub>2</sub>-Gesetz, Frage von Gas-Kombikraftwerken etc. traktandiert. Wir haben

unseren Stände- und Nationalräten schon mal den Puls gefühlt.

Im Schatten der grossen Energie-debatte stehen in der Sommersession aber noch zahlreiche andere gewichtige Themen zur Diskussion. Natürlich wird wie in jeder Session am KVG herumgeschraubt, dann geht es um die sehr wichtige «Too big to fail»-Problematik und in einer zweiten ausserordentlichen Session um die Europapolitik und die Bilateralen III.



## Grosse Chance Cleantech!

Ich unterstütze den schrittweisen, geordneten Atomausstieg. Damit werden nicht nur die Bedenken der Bevölkerung ernst genommen, sondern auch die wirtschaftlich richtigen Zeichen gesetzt: Milliardenausgaben für neue AKW lohnen sich schlicht nicht mehr. Die Zukunft liegt in der Energieeffizienz und den erneuerbaren Energien, die stets konkurrenzfähig werden. Cleantech ist gerade auch für den Energiekanton Aargau eine grosse Chance!

PASCAL BRUDERER, NATIONALRÄTIN SP



## Atomarer Befreiungsschlag

Der Bundesrat hat zum atomaren Befreiungsschlag angesetzt und die Sicherheit der Bevölkerung höher gewichtet als die Eigeninteressen der Atomlobby. Nun braucht es mehr Investitionen in die Energieeffizienz, die konsequente Förderung erneuerbarer Energien und den bewussten Umgang mit den vorhandenen Ressourcen. Das schafft neue, nachhaltige Arbeitsplätze, schont die Umwelt und hinterlässt kommenden Generationen keine Hochrisikoabfälle.

MAX CHOPARD, NATIONALRAT SP



## Ausstieg: Zeitangabe nein

Die Erhöhung der Energieeffizienz ist zwingend, denn der Stromverbrauch wird weiter steigen. Alternativenenergien sind verstärkt zu fördern, als VS-Mitglied des Vereins Geothermische Kraftwerke im Aargau setze ich mich dafür ein. Den Ausstieg aus der Kernenergie mit Zeitangaben festzulegen, lehne ich trotzdem ab. Mehr Importe und verstärkte Abhängigkeit vom Ausland wären die Folge. Konkrete Massnahmen für die Garantierung der Versorgungssicherheit liegen nicht vor.

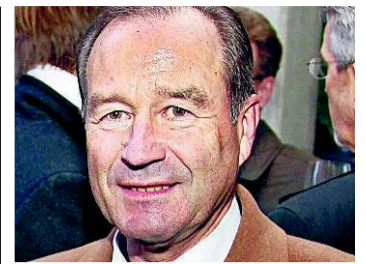
ESTHER EGGER, NATIONALRÄTIN CVP



## Umstieg statt Ausstieg

Die Grundlagen für einen so weitreichenden Schritt reichen mir heute nicht. Wir können den notwendigen Strombedarf durch Alternativen noch nicht decken. Ein heutiger Ausstieg bedeutet: starke Verteuerung des täglichen Lebens, Kampf um die notwendige Stromversorgung und viele Arbeitslose im Zurbiet. Trotz Wahljahr müssen wir einen klaren Kopf behalten. Vor drei Wochen machte das Ensi den Kraftwerken Auflagen für noch grössere Sicherheit, hielt aber fest, dass unsere Bevölkerung nicht gefährdet sei. Die intensive Förderung von Alternativenenergien ist aber sehr wichtig für einen zukünftigen Umstieg.

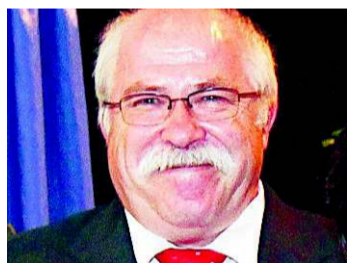
CHRISTINE EGGERSZEGI, STÄNDERÄTIN FDP



## Für sichere Versorgung!

Ich habe vom Bundesrat in seiner aktuellen Zusammensetzung nichts anderes erwartet. Der Mediendruck ist seit Fukushima derart gross, dass sich dem die Mehrheit im Plenum nicht entziehen wollte. Es sind ja die gleichen Medien, die auf die Gesamtenergieerneuerungswahlen hin unsere Bundesräte mit Noten versehen. Wer will schon verrissen werden? Ich hätte die Versorgungssicherheit ins Zentrum gerückt, d. h. stets genügend Strom für unser Land, produziert auf technisch sicherer Basis. Die Kernenergie hätte als Option schon noch Erwähnung verdient. Tsunamis gibt es bei uns keine und Tschernobyl entsprang kommunistischem Versagen!

MAXIMILIAN REIMANN, STÄNDERAT SVP



## Vom Entscheid enttäuscht

Der Entscheid des Bundesrates ist offensichtlich überhastet und unüberlegt. Ein solch energiepolitischer Grundsatzentscheid erfordert eine umfassende Auslegung. Es liegt kein plausibles Konzept mit entsprechenden konkreten Massnahmen und Lösungen vor. Die Versorgungssicherheit muss gewährleistet sein und die volkswirtschaftlichen Folgen müssen dabei offengelegt werden. Darum bin ich enttäuscht vom Entscheid des Bundesrates.

LIENI FÜGLISTALLER, NATIONALRÄTIN SVP



## Ehrliche Politik leider out

Nach zwei katastrophalen Unfällen in Atomkraftwerken darf man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Für mich ist wichtig, dass aber der Energiebedarf im eigenen Land gedeckt wird. Es ist unehrlich gegenüber dem Volk, wenn man sagt, dass bereits 2018 Beznau 1 abgeschaltet werden kann. Grüne und Linke verhindern den Bau von Wasserkraftwerken. Plötzlich spielt CO<sub>2</sub> keine Rolle mehr – Gaskraftwerke sind wieder IN = ehrliche Politik ist leider out!

UELI GIEZENDANNER, NATIONALRAT SVP



## Bundesrats-Schnellschuss

Bis heute lautete die Devise: weg von der fossilen Energie und eine starke Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses. Deshalb finde ich den energiepolitischen Entscheid des Bundesrates einen Schnellschuss. Umweltverbände laufen Sturm gegen Windkraftanlagen, neue Stromstrassen und Speichersseen. Zuerst müssen die Menschen über unpopuläre «Nebenwirkungen» der Alternativenenergien ehrlich aufgeklärt werden.

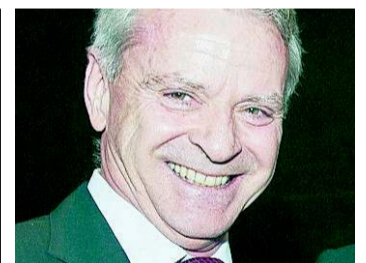
WALTER GLUR, NATIONALRAT SVP



## Standortregionen brüskiert

Klimafreundlichkeit, Eigenständigkeit, Zuverlässigkeit und kostengünstige Preise kennzeichnen die bisherige Stromversorgung. Der Bundesrat riskiert diese Markenzeichen und brüskiert die Standortregionen, welche bisher Garant dafür waren. Was tun, falls die vagen Ziele der Energiewende nicht tragen? Wer garantiert, dass wir nicht einfach «gefährlichen» Atomstrom aus dem Ausland beziehen, und wer kann zur Opferung der Klimaziele wirklich Ja sagen?

RUTH HUMBEL, NATIONALRÄTIN CVP



## Mehr Zeit für Entscheid!

Die Kernkraftnutzung hat in den letzten neun Wochen in unserem Land scheinbar alle Glaubwürdigkeit verloren: Fast alles, was Gültigkeit hatte, ist infrage gestellt. Dafür fehlen alle sachlichen Gründe. Weder durch Erdbeben im Ausmass von Japan noch durch Tsunamis sind unsere AKW bedroht. Einen Grundsatzentscheid für die nächsten Jahrzehnte in so kurzer Zeit zu fällen, ist unseriös. Lassen wir uns mehr Zeit für solche Entscheide, zeigen wir die Konsequenzen auf.

HANS KILLER, NATIONALRAT SVP



## Arbeit in der Schweiz!

Der Bundesrat hat endlich den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen! Der Weg der Zukunft ist frei und auch bestbekannt. Nun ist der Nationalrat dran. Die Verschwendung muss gestoppt werden. Bei Strom kann man da 40% gewinnen: gratis. Dazu sollen Effizienz gefördert und die erneuerbaren Energien installiert werden, das gibt Arbeit in der Schweiz. Die Gesellschaft, welche keine fossile und atomare Energie mehr braucht, wird die Gewinnerin der Zukunft sein.

GERI MÜLLER, NATIONALRAT GRÜNE



## Jetzt Innovationsschub!

Bis anhin ist viel über alternative Stromerzeugung theoretisiert worden. Mit dem Entscheid des Bundesrates erhalten neue Technologien im Bereich der erneuerbaren Energien eine einmalige Chance. Bestätigt das Parlament den Entscheid der Landesregierung, muss es nun aber konkret werden. Ich erwarte in diesem Bereich einen massiven Investitions- und Innovationsschub. Aus dieser Sicht begrüsse ich den Entscheid des Bundesrates.

PHILIPP MÜLLER, NATIONALRAT FDP



## Das Volk soll entscheiden

Das Grossartige an unserer direkten Demokratie ist, dass über Fragen wie Kernkraftwerke das Schweizer Volk entscheiden kann. Weder der Bundesrat noch das Parlament allein sollen diese Frage entscheiden. Dass kurzfristig kein neues Kernkraftwerk gebaut wird, ist klar. Viel hängt nun davon ab, was der Bundesrat / die Schweiz als Alternativen zustande bringt. Es kann nicht sein, dass wir einfach teuren Atom-Strom aus Frankreich importieren.

LUZI STAMM, NATIONALRAT SVP



## Der Entscheid ist richtig

Der Entscheid des Bundesrats ist richtig und ebnet den Weg für den Ausbau der einheimischen und der erneuerbaren Energien. Die Potenziale sind in der Schweiz noch lange nicht genutzt. Mit Investitionen in die Cleantech-Industrie verschaffen wir uns in einem dynamischen internationalen Markt eine Konkurrenzfähigkeit, die in der Schweiz neue Arbeitsplätze schafft. Es liegt jetzt am Parlament, die Rahmenbedingungen dazu zu beschliessen.

DORIS STUMP, NATIONALRÄTIN SP



## Endgültiger Ausstieg: Nein

Der Neubau eines Kernkraftwerkes ist nach Japan bis auf weiteres beim Volk nicht mehrheitsfähig. Also bleibt gar nichts anderes übrig, als verstärkte Anstrengungen bei Alternativen, denn ein Ersatz für Beznau und Mühleberg ist unter den aktuellen Bedingungen rein zeitlich unmöglich. Trotzdem bin ich gegen einen endgültigen Ausstieg – dies kommt einem Technologieverbot für alle Zeiten gleich. So etwas ist immer falsch.

MARKUS ZEMP, NATIONALRAT CVP